

AL' Info ¹/₁₇

3 «Ungerechtigkeiten klar bezeichnen.»
Der neue AL-Gemeinderat David Garcia Nuñez im Interview.

5 Niggi Scherrs erster Rücktritt nach 38 Jahren. Warum ihn der Gemeinderat vermissen wird.

8 Migration als Chance. Attilio Stoppa über sein bereicherndes Engagement als Deutschlehrer.

NEIN zur sip – NEIN zur Verhaltenspolizei

Am 12. Februar stimmen wir in der Stadt Zürich über eine Rechtsgrundlage für die «sip» (Sicherheit, Intervention, Prävention) ab. Gemeinderätin Ezgi Akyol erläutert die Nein-Parole.

Im Unterschied zum privaten ist der öffentliche Raum ein Ort, der allen offensteht. Es geht «im öffentlichen Raum vor allem darum, Gemeinschaft zu stiften und gesellschaftliche Konflikte auszutragen» (Sprio Kostof). Im öffentlichen Raum lernen die Menschen, miteinander zu leben, als Gemeinschaft zu funktionieren. Wenn gewisse Personengruppen aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden und wir nicht mehr mit ihnen konfrontiert werden, werden sie auch politisch nicht mehr berücksichtigt. Der öffentlich zugängliche Raum muss nicht ständig konfliktfrei sein, er muss nicht von Sozialarbeitenden und Polizei «zurechtgemacht» werden.

Im Unterschied zum privaten ist der öffentliche Raum ein Ort, der allen offensteht. Es geht «im öffentlichen Raum vor allem darum, Gemeinschaft zu stiften und gesellschaftliche Konflikte auszutragen» (Sprio Kostof). Im öffentlichen Raum lernen die Menschen, miteinander zu leben, als Gemeinschaft zu funktionieren. Wenn gewisse Personengruppen aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden und wir nicht mehr mit ihnen konfrontiert werden, werden sie auch politisch nicht mehr berücksichtigt. Der öffentlich zugängliche Raum muss nicht ständig konfliktfrei sein, er muss nicht von Sozialarbeitenden und Polizei «zurechtgemacht» werden.

«Kommunizierte Repression»

Die Mitarbeitenden der sip züri patrouillieren in ihren blauen Uniformen durch die Stadt und erinnern nicht nur optisch an die Stadtpolizei. sip züri kombiniert «aufsuchende Sozialarbeit mit ordnungsdienstlichen Aufgaben». Aufsuchende Sozialarbeit bedeutet, dass vor der Repression noch ein wenig Prävention betrieben wird. Durch Kommunikation versucht man, eine Verhaltensänderung herbeizuführen – sollte diese sanfte

Repression nichts bringen, wird «in kritischen Situationen die Stadtpolizei beigezogen». Die sip züri schreitet ein, wenn sich Anwohnende durch das Verhalten von Drogenkonsumierenden belästigt fühlen, wenn zwei sich laut streiten oder auch mal, wenn Hunde nicht angeleint sind. Laut Christian Fischer, Betriebsleiter der sip züri, übernimmt die sip die soziale Kontrolle im öffentlichen Raum. Die eingesetzten Methoden der sip bezeichnete er in einer Präsentation im November 2012 als «kommunizierte Repression».

Sauberes Strassenbild

In der Kommission wurde die Arbeit der sip wie folgt beschrieben: «sip züri geht in den öffentlichen Raum, um zu prüfen, ob eine Störung desselben vorliegt. Erkennen wir Handlungsbedarf, bitten wir um Verhaltensänderung, damit die Situation stabil bleibt. Beispiel: Eine Drogenkonsumentin auf einem Kinderspielplatz bitten wir, diesen Ort zu verlassen». In einem Interview erklärte sip-Chef Fischer: «Nach wie vor braucht es enorme Anstrengungen, um Drogenhandel und Drogenkonsum aus dem Strassenbild fernzuhalten». Die sip kümmert sich also nicht wirklich um die Menschen. Sie versucht, Situationen zu stabilisieren und das Strassenbild sauber zu halten. 1990, zur Zeit der offenen Drogenszene, entstanden Angebote wie die Notschlafstelle und die Kontakt- und Anlaufstellen für Drogenkonsumierende. Auf den damaligen Gemeindebeschluss zur Überlebenshilfe stützte sich der Stadtrat – reichlich gewagt – als Rechtsgrundlage, als er 2000 die Verhaltenspolizei sip züri einführte.

Fass ohne Boden

Über die Jahre hinweg ist die sip züri ständig ausgebaut worden. Sie startete mit 6.4 Stellenwerten und einem Budget von 1'267'000 Fr. und ist heute bei 33.9 Stellenwerten angekommen, mit einem Budget von 4'179'700 Fr. Den AL-Antrag für eine Plafonierung der Ausgaben hat der Gemeinderat abgelehnt. Damit kann das sip-Budget mit einem Beschluss, der nicht dem Referendum unterliegt, jederzeit erhöht werden. Ein Fass ohne Boden!

In der Abstimmungsvorlage wird der sip-Auftrag so offen formuliert, dass fast schrankenlos neue Aufgaben hinzukommen können. Anfänglich standen Drogen- und Alkoholkonsumierende und Punks im Fokus. Später waren betrunkene Jugendliche ein Problem, 2008 das öffentlich sichtbare Rotlichtmilieu, 2014 Asylsuchende im Zentrum Juch. Die heutigen Störfaktoren seien hauptsächlich Drogenkonsumierende, sozial Marginalisierte, Jugendliche und PartygängerInnen. Aber damit nicht genug: sip züri beaufsichtigte die Allmend Brunau und die Limmatauen Werdhölzli und übernimmt Sicherheitsaufträge für andere Gemeinden wie Wädenswil, Dietikon oder Kloten.

Paternalistische Verhaltenspolizei

Soziale Arbeit hat nichts mit Ordnungsdienst zu tun. Der Gemeindebeschluss aus dem Jahr 1990 erlaubt weiterhin wichtige Angebote wie die Notschlafstelle oder die Kältepatrouillen der sip züri. Für einen öffentlichen Raum, der partizipativ, demokratisch und inklusiv ist, braucht es keine paternalistische Verhaltenspolizei.

Ezgi Akyol, Gemeinderätin



Parolen und Positionen Abstimmungen vom 12. Februar

BUND

Erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration **JA**

Unternehmenssteuerreform III **NEIN**

Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr **NEIN**

STADT ZÜRICH

Volksinitiative «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimmt zählt!» **JA**

Konfliktvermittlung und Hilfe im öffentlich zugänglichen Raum (sip) **NEIN**

Kredit Schulanlage Pfingstweid **JA**

Finanzen

Politische Arbeit kostet Geld. Und bei der AL kommt dieses nicht von Grosskonzernen, sondern von Sympathisanten und Sympathisanten. Für Spenden bitte folgendes Konto verwenden: 87-63811-5 IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5 Herzlichen Dank!

Termine

Dienstag, 31. Januar, 19 Uhr, Art Dock, Hohlstrasse 258
Städtische AL-Vollversammlung

Dienstag, 28. Februar, 19 Uhr, «Hellmi», Hohlstrasse 86c
Städtische AL-Vollversammlung

Dienstag, 28. März, 19 Uhr, «Hellmi», Hohlstrasse 86c
Kantonale AL-Vollversammlung

Impressum

Redaktion: Corin Schäfli, Niklaus Scherr, Attilio Stoppa, Markus Gafner
Layout: Markus Gafner
Erscheint 6-mal jährlich
Auflage/Druck: 2100 Ex., Druckerei Nicolussi, Zürich
Sekretariat
Alternative Liste (AL)
Molkenstrasse 21, 8004 Zürich
www.al-zh.ch
sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45

USR III: NEIN, NEIN, NEIN!

Bereits seit 2005 verlangen OECD und EU von der Schweiz die Abschaffung der steuerpolitischen Dumpingangebote für multinationale Konzerne. Konkret geht es um:

- Holdinggesellschaften, deren Ertrag überwiegend aus der Verwaltung von Beteiligungen stammt (z.B. Roche Holding AG in Basel);
- Domizilgesellschaften, vulgo Briefkastenfirmen, die in der Schweiz eine Verwaltungstätigkeit, aber keine Geschäftstätigkeit ausüben (z.B. Patentverwertung);
- Gemischte Gesellschaften, deren Geschäftstätigkeit überwiegend auslandsbezogen ist (z.B. Rohstoffhandelsfirmen in den Kantonen Zug und Genf).

Diese Firmen versteuern ihre Gewinne auf Bundesebene in der Regel zum Normalsatz, profitieren aber kantonale von massiv reduzierten Steuersätzen, weil sie das Gros ihrer Gewinne im Ausland erzielen und dort – so die völlig unbewiesene Fiktion – auch versteuern. Alle zahlen kantonale eine massiv reduzierte Kapitalsteuer. Holdings entrichten überhaupt keine Gewinnsteuer, Domizil- und gemischte Gesellschaften müssen in der Regel nur 20% ihrer Gewinne versteuern.

Parlament hat Fuder überladen

Eine Reform ist unabdingbar. Mit der Unternehmenssteuerreform III (USR III) hat das Parlament jedoch das Fuder klar überladen. Alte Steuerprivilegien sollen einfach durch neue ersetzt und die bisherige Rosinenpickerpolitik fortgesetzt werden. Die USR III offeriert den Kantonen eine breite Palette von Abzugsmöglichkeiten. Vorgeschrieben wird die sogenannte «Patentbox» (bis zu 90 Prozent Steuerreduktion auf Erträgen aus Patenten und Lizenzen, die Kantone können geringere Entlastung beschliessen). Fakultativ sind Zusatzabzüge für Forschung und Entwicklung (bis zu 150% des Aufwands) und die sog. zinsbereinigte

Gewinnsteuer (Reduktion der Gewinnsteuer dank Abzug eines virtuellen Basiszins auf einem Teil des Eigenkapitals). Alle Abzüge zusammen dürfen den steuerbaren Gewinn höchstens um 80 Prozent reduzieren; die Kantone sind jedoch frei, diesen Abzugs-Deckel niedriger anzusetzen.

Patentbox: Büchse der Pandora

Mit diesem unverantwortlichen Rabattpaket droht eine Reise ins Ungewisse und Milliardenlöcher bei den öffentlichen Finanzen. Vom Steuerprivileg der Patentbox sollen auch Software-Entwicklungen und IT-Lizenzen profitieren. Jede und jeder weiss: die Zukunft ist digital. Mit dieser weitgefassten Definition mutiert die Patentbox zu einer wahren Büchse der Pandora mit unabsehbaren Folgen. Eine ähnliche Blackbox ist die vom Parlament zusätzlich eingefügte zinsbereinigte Gewinnsteuer.

Korrekturen erzwingen

Ist die USR III einmal angenommen, kommt in den Kantonen bei den Firmensteuern ein verheerender Wettlauf nach unten in Gang. Die Verlierer sind absehbar: vor allem Städte wie Zürich und wir alle als Steuerzahlende, die mit höheren Steuern oder Leistungsabbau zur Kasse gebeten werden. Am 12. Februar 2017 gibt es deshalb nur eins: ein klares NEIN. Bei einer Neuauflage stehen folgende Forderungen im Vordergrund:

- die zinsbereinigte Gewinnsteuer muss weg;
- die Patentbox muss viel enger gefasst, die möglichen Rabatte deutlich reduziert werden;
- der 2008 mit der USR II eingeführte Steuerrabatt auf Dividenden von Grossaktionären muss vollständig aufgehoben werden;
- kantonale Mindeststeuersätze für Firmensteuern müssen festgelegt werden.

Niklaus Scherr



Bild: steuerreform-nein.ch

«Ich habe gelernt, Ungerechtigkeiten klar zu bezeichnen»

David Garcia Nuñez übernimmt den Sitz von Niggi Scherr im Zürcher Gemeinderat. Im Interview spricht er über die Politisierung in seiner Kindheit und seine Ziele im Parlament.



David Garcia Nuñez

David, per Mitte Januar bist du Gemeinderat der Alternativen Liste. Wann und warum hast du dich entschieden, ein politisches Mandat zu übernehmen?

Das Ganze war ein Prozess. Nach einer langen politischen Pause besuche ich seit 2009 regelmässig die AL-Vollversammlungen. Irgendwann habe ich signalisiert, dass ich mich für die AL engagieren will. Dann wurde ich angefragt, bei den Wahlen mitzumachen. Manchmal in einer aussichtsreichen Position, manchmal nicht. Vor den letzten Gemeinderatswahlen traf ich mich mehrmals mit Niggi Scherr und dem Vorstand, um jene Nachfolgestrategie zu entwickeln, die jetzt aufgegangen ist.

Du stammst aus einer politischen Familie. Wie darf man sich deine Politisierung in der Jugend vorstellen?

Tatsächlich stamme ich aus einem sehr politisierten Haus. Meine Eltern waren während und nach der spanischen Diktatur zuerst in der PSOE und dann bei der Lehrer_innengewerkschaft aktiv. Als Kind verbrachte ich zusammen mit meinem Bruder gefühlte Ewigkeiten in Parteizentralen und Gewerkschaftssekretariaten, wo wir zumindest mit den Kindern der anderen Mitglieder spielen konnten. Selbstverständlich fragte ich in diesen Situationen nach, worüber die Erwachsenen so intensiv und so lange sprachen. So lernte ich früh, soziale Zusammenhänge besser zu verstehen und Ungerechtigkeiten klar zu bezeichnen.

In der Schweiz engagierte ich mich dann in der Schüler_innengewerkschaft der Kantonsschule Glarus (ja, so was gab es dort!) und im Studierendenverband der Uni Zürich. Aufgrund meines Studiums bzw. meines Berufs musste ich meinen Aktivismus irgendwann einschränken. Man kann sich neben einer 50-Stunden-Arbeitswoche und einer Ausbildung als Psychotherapeut nicht gleichzeitig politisch an vorderster Front engagieren.

Während dieser Zeit beobachtete ich das politische Geschehen aus mittlerer Distanz, indem ich gelegentlich an Vollversammlungen oder Demos ging.

Du arbeitest als Arzt für Geschlechtervarianz am Unispital Basel und setzt dich für die Rechte der LGBT-Gemeinschaft ein. Inwiefern siehst du Möglichkeiten, auf kommunaler Ebene etwas zu bewirken?

Zürich ist eine offene Stadt, welche in den letzten Jahren einige Schritte zur Gleichstellung der LGBT-Gemeinschaft gemacht hat. Das Projekt «Regenbogenhaus» ist beispielsweise bereits lanciert und ich werde es aus meiner Position heraus unterstützen. Gleichzeitig erfahre ich insbesondere von Trans*Personen, die ich begleite, von Stigmatisierungen im Alltag, die durch die Institutionen entstehen. So fragen viele Ämter «aus Gewohnheit» nach dem Geschlecht einer Person, obschon diese Information für die konkrete Situation absolut keine Relevanz hat. Das muss sich ändern. Ebenso wichtig ist es, dass an Orten, wo die Geschlechtsidentität erfragt wird, immer mehr als zwei Varianten (Frau/Mann) zur Verfügung stehen. In meinem Alltag sehe ich, wie diese vermeintlich kleinen Verletzungen das Leben von Trans* Personen zum Spiessrutenlauf werden lassen, was früher oder später gesundheitliche Konsequenzen nach sich ziehen kann.

Welche politischen Kernthemen liegen dir sonst noch am Herzen?

Als Mediziner liegt mir natürlich die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung am Herzen. Mit den Stadtspitälern Triemli und Waid haben wir zwei gute Institutionen, die sich um diese Aufgabe kümmern. Das können sie aber nur tun, wenn sie selbst gesund bleiben. Es ist wichtig, dass die Spitäler den Draht zur Bevölkerung nicht verlieren und auf die Anliegen der Öffentlichkeit schnell und flexibel reagieren können. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Krankenhäuser weiterhin öffentlich betrieben werden. Privatisierungspläne, wie sie die kantonale Gesundheitsdirektion momentan hegt, bedeuten einen Rückschritt. Zum selben Themenkreis gehört für mich die Sicherstellung einer guten Versorgung in den Alters- und Krankenheimen der Stadt.

**Interview: Markus Gafner
Komplettes Gespräch auf al-zh.ch**

AL Buchtipp

Christian Natiez empfiehlt:



Didier Eribon: Rückkehr nach Reims. Suhrkamp, 2016.

«Rückkehr nach Reims» ist die Autobiographie des französischen Professors Didier Eribon. Obschon von einem Soziologen

verfasst und streckenweise mit Philosophie-Zitaten unterfüttert, ist sie für Leserinnen und Leser, die sich mehr für die Menschen in seinem Leben als für Details seiner akademischen Karriere interessieren, sehr empfehlenswert. Dennoch bildet diese Autobiographie, verbunden mit der sexuellen Emanzipation ihres Autors, den roten Faden für Lebenssituationen von der Kindheit bis zur Professur. Anhand des von ihm durchlaufenen Bildungssystems und der in ihm konservierten Ungleichheit zeigt Eribon das soziale Gefälle und dessen Kristallisation in den sozialen Klassen auf. Am Beispiel seiner Familie analysiert er die Ursachen, warum klassenbewusste ArbeiterInnen sich von der KP ab- und dem Front National zuwenden.



Albert Hofmann: LSD – mein Sorgenkind, Klett Cotta, 2012.

Die Medien schenken LSD 2016 wieder vermehrt Aufmerksamkeit. Eine «psychedelische Renaissance»

ortete etwa «Rolling Stone» im Oktober. In sozialen Medien ouden sich Menschen als Konsumenten. Der 2008 verstorbene Chemiker und Entdecker des LSD, Albert Hofmann, beschreibt in «LSD – mein Sorgenkind» nicht nur, wie er die Wirkung der Substanz zufällig entdeckte und was er dabei erlebte, er gewährt auch einen Einblick in die Forschungstätigkeit. Neben einem Kapitel über die «Fahrten in den Weltraum der Seele» werden auch mögliche therapeutische Anwendungen von LSD thematisiert. Hofmann vergleicht LSD mit anderen psychoaktiven Substanzen und schildert seine Begegnungen mit Ernst Jünger und Aldous Huxley. Für alle, die in der Drogenpolitik und der Regulierung von psychedelischen Substanzen mitreden möchten, ist die Lektüre ein Muss.

Richard Wolff im Ausstand – ein komplexes Thema

Mit Richard Wolffs Entscheid, das Dossier Koch-Areal wegen persönlicher Befangenheit abzugeben, ist die Frage der Ausstandspflicht in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Das Thema ist komplex. Häufig gibt es keine eindeutigen Situationen. Versuch eines Überblicks von Niklaus Scherr.

Klare Regelung bei individuell-konkreten Hoheitsakten

Geregelt ist die Sache in § 5a des Zürcher Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG). Danach müssen Behördenmitglieder bei Anordnungen in den Ausstand treten, «wenn sie in der Sache persönlich befangen erscheinen», sei es, dass sie an der Sache ein persönliches Interesse haben, mit einer Partei verwandt oder verheiratet sind oder als Vertreter einer Partei handeln.

Wie schon der Begriff «Partei» zeigt, ist die Regelung primär auf «individuell-konkrete Hoheitsakte» (Alain Griffel, Kommentar VRG, S. 100) zugeschnitten, die direkt in die Rechtsstellung einer natürlichen oder juristischen Person eingreifen: z.B. ein Gerichtsurteil, das Erteilen oder Verweigern einer Bewilligung, die Vergabe eines Auftrags oder die Gewährung einer Subvention. Hier besteht jeweils ein klar fassbarer einzelner Adressat der behördlichen Massnahme und damit auch ein definierter Rahmen für eine mögliche Ausstandspflicht.

Kein Ausstand bei allgemeinen Regelungen

Anders präsentiert sich die Situation, wenn ein Erlass oder eine Anordnung eine Vielzahl von Adressaten betrifft. Zwei Beispiele:

- Eine Trampilotin ist gleichzeitig Gemeinderätin und stimmt als solche für eine Erhöhung der Löhne bei den VBZ – davon profitiert sie ganz direkt. Aber weil hunderte andere Angestellte ebenfalls profitieren, ist sie nicht befangen.
- Filippo Leutenegger hat den privaten Kinderhort Kobold im Seefeld gegründet, seine Frau präsidiert den Förderverein. Nehmen wir an, der Stadtrat diskutiert das neue Tagesschulkonzept und Filippo stellt den Antrag, dabei auch private Horte zu berücksichtigen. Das ist zwar klares Lobbying und der von seiner

Frau geleitete Hort würde davon zweifellos profitieren. Aber weil die Regelung auch allen anderen privaten Horten zugutekäme, ist Filippo nicht befangen.

Bei solch allgemeinen Regelungen, von denen zwar die mitentscheidende Person unmittelbar profitiert, die aber eine Vielzahl von weiteren Personen betreffen, wird regelmässig eine Befangenheit verneint.

Koch-Areal: ein Grenzfall

Auf das Koch-Areal übertragen, liesse sich also durchaus argumentieren: Zwar betreffen allfällige Massnahmen des Sicherheitsvorstehers ganz spezifisch seine Söhne, gleichzeitig sind diese aber nur zwei von zahlreichen weiteren Personen, die auf dem Areal wohnen oder verkehren. Damit will ich den Ausstandsentscheid von Richi Wolff in keiner Weise relativieren, sondern bloss darauf hinweisen, dass die Frage nach der Befangenheit nicht immer eindeutig zu beantworten ist und der AL-Stadtrat keineswegs «drei Jahre lang gegen die Ausstandsregel verstossen» hat, wie der Tagesanzeiger vollmundig behauptet (TA online 29.10.2016).

Ausschlaggebend ist am Schluss immer der äussere Anschein von Befangenheit, der entstehen kann. Hier kann eine starke Emotionalisierung – etwa durch eine massive Medienkampagne - die Parameter der öffentlichen Wahrnehmung deutlich verschieben. Dem hat Richard Wolff in einer Güterabwägung Rechnung getragen.

Ledergerber oder der Elefant im Porzellanladen

In der Causa Wolff zitiert der Tagesanzeiger auch Alt-Stapi Ledergerber als Kronzeugen: ‘Jeder sollte selbst merken, wenn er befangen ist». Dafür brauche es vor allem eine gewisse Sensibilität.’ (TA 1.11.2016)

Um diesen unkollegialen Tritt ans Schienbein einordnen zu können, sollte man Folgendes wissen:

Im Mai 1998 nahm Elmar Ledergerber als neugewähltes Mitglied seine Arbeit im Stadtrat auf. Sein bisheriges Mandat als Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) gab er jedoch erst am 5. Juli 1999 - mehr als ein Jahr

nach seiner Wahl! - ab. Ein klarer Verstoss gegen Art. 48bis Gemeindeordnung, der einen Einsitz von Stadträten in Führungsgremien juristischer Personen, welche die Erzielung eines Gewinns anstreben, verbietet. Dieser Verstoss ist umso brisanter, als 1998/99 im Stadtrat intensive Debatten über die künftige Rechtsform und Marktstrategien des Stadtzürcher ewz stattfanden. Unter Mitwirkung von Ledergerber verabschiedete der Stadtrat im Juli 1998 und Juni 1999 zwei wichtige ewz-Vorlagen zur Kompetenzübertragung für Vertragsabschlüsse mit ewz-Grosskunden. Immer noch-EKZ-Verwaltungsrat Ledergerber legte sich im Stadtrat auch zuvorderst für die Vorlage zur Ausgliederung des ewz in eine AG ins Zeug, die nach monatelangen Diskussionen kurz nach seinem EKZ-Rücktritt verabschiedet wurde.

Hier lag – abgesehen von der Verletzung der Gemeindeordnung - ein glasklarer Interessenskonflikt vor, weil ewz und EKZ im Hinblick auf die Liberalisierung des Strommarkts in einer Konkurrenzsituation standen. Ledergerber foutierte sich auch, als die Fraktion AL/FraP/Grüne am 23. September 1998 in einer Fraktionserklärung die sofortige Aufgabe seines EKZ-Mandats forderte.

Der Fall Rockstone AG

Der zweite Tolggen im Reinheft des selbsternannten Ausstandsexperten: Im November 1998 - ein halbes Jahr nach seiner Wahl in den Stadtrat – beteiligte sich Ledergerber an der Gründung der Firma Rockstone AG, die damals eine - später gescheiterte - Überbauung des Steinfels-Areals plante. Ledergerber zeichnete knapp 10% der Aktien, ein grösseres Aktienpaket wurde zudem vom Politologen Wolf Linder, Busenfreund und Schlummervater von Ledergerber während der Session, offenbar in einer Strohmänn-Funktion, übernommen.

Niklaus Scherr

Niggi – warum er im Gemeinderat fehlen wird

Man stirbt im Leben bekanntlich viele «kleine» Tode und Niggi Scherrs Rücktritt aus dem Gemeinderat nach 38 Jahren ist sicher einer der grösseren dieser kleinen Tode. Nicht wenige im Rat werden sich durch seinen Abschied wenn nicht als Hinterbliebene, so doch als Zurückgelassene begreifen, denn die Vorstellung eines Parlaments ohne ihn fällt schwer. Aus diesem Gefühl heraus scheint mir die «kleine» (von Niggi explizit nicht goutierte) Grabrede hier angemessen.

Niggi hat in den 38 Jahren als Gemeinderat unzählige kommen und gehen gesehen. Neunmal wurde er wiedergewählt, vier Legislaturperioden läutete er mit Alterspräsidentenreden ein. Rund 2000 Gemeinderatssitzungen hat er mitgestaltet und tausende von Voten gehalten.

Unvorstellbar heute, dass ihm in seinen ersten Parlamentsjahren das Mikrophon gekappt wurde oder die Bürgerlichen seine Voten mit demonstrativem Zeitungsrascheln übertönten. Alle haben gemerkt, dass sie – egal welcher Couleur – etwas von ihm lernen können, wenn sie zuhören. Nun erleben die Ratsmitglieder den historischen Moment des Rücktritts ihres amtsältesten Zürcher Parlamentariers, und damit einhergehend die Gefahr einer parlamentarischen Teilamnesie. Als Fels in der Brandung des Politalltags hat Niggi immer auch das kommunalpolitische Langzeitgedächtnis verkörpert.

In Niggis vier Alterspräsidentenreden lassen sich Konstanten erkennen, die sich alle Ratsmitglieder am besten hinter die Ohren hätten tätowieren sollen, nämlich was Politik ist (in Anlehnung an Max Weber «das geduldige Bohren dicker Bretter») und was nicht («reines Infotainment»), was Demokratie ist («die Staatsform der Wachsamkeit und Transparenz») und was sie nicht haben sollte («Dunkelkammern und Grauzonen»), was das Parlament ist («eine place publique, eine Arena für Meinungsstreit, Sachkritik und argumentativen Widerspruch») und was nicht («ein Jahrmarkt der Eitelkeiten und eine Schwatzbude für Albisgütli-Festreden»), was der Stadtrat soll («Kommunalpolitik nicht mit Standortmarketing verwechseln»), was die Gemeinderatsmitglieder sein sollten («hartnäckige Polit-DetektivInnen für

Verwaltung und Exekutive, statt Sozialdetektive zu fordern») und wo wir merken, wie es um die Gesellschaft steht («an ihren Rändern»).

Niggi ist präziser Schnelldenker, prinzipientreu ohne stur zu sein, flexibler Politikstrategie gänzlich ohne Hang zum Opportunismus, geduldig, wenn es um das Erreichen langfristiger politischer Ziele geht, ungeduldig, wenn man ihm vorlamantiert, wie schwierig es linke Anliegen haben. Niggi ist als zäher Verfechter demokratischer Werte, als laute Stimme für die Sprachlosen und als humorvoller Spötter über linkes und rechtes Bünzlitum bewundernswert «young at heart» geblieben, zwar gelegentlich zornig, aber nicht verbittert.

Als Parlamentarier hat er etliches erreicht, die Lokalpolitik nachhaltig geprägt und damit auch unsere Stadt. Das Spektrum seines politischen Wirkens ist enorm, reicht von Wohnungs- zu Energie- zu Finanzpolitik und darüber hinaus. Handkehrum hat die Politik wohl auch ihn geprägt: die Jahre in Frankreich während des Pariser Frühlings (Niggi ging an Demos, während – amüsanter Nebenschauplatz - sein Zimmernachbar Niklaus Meienberg gegen die Hausordnung, die Damenbe-

such verbot, kämpfte); die zähe Mitarbeit an der BZO Koch, die, wäre sie damals nicht auf Teufel komm raus von den Bürgerlichen und Spekulanten sabotiert worden, uns heute wohl einige wohnpolitische Kämpfe ersparen würde; und die Zeit der Aufarbeitung des Fichenskandals Anfang der 90er-Jahre (jahrelang selber vom Staat fichiert, war Niggi Mitglied der PUK, erlebte Bedrohung an Leib und Leben und die Schizophrenie des Staates, der ihm als gewähltem Politiker bereits eine Gefängniszelle zugeteilt hatte).

Viel erzählt er uns nicht über sein Privatleben. Da darf er sich dann nicht wundern, wenn wir ihm ausschliesslich Politisches unterstellen. Als er von einem Aufenthalt auf den Kapverdischen Inseln erzählte, war ich überzeugt, er habe dort als Wahlbeobachter gearbeitet, dabei hatte er als normaler Tourist Wale beobachtet, was mir erst hinterher klar wurde.

Wir werden Niggi in der Fraktion und im Rat sehr vermissen. Ein grosser Trost: Mit ihm wird überall ausserhalb des Parlaments noch zu rechnen sein. Darauf dürfen wir uns freuen.

Andrea Leitner, Gemeinderätin



Niggi Scherr bei seiner Alterspräsidentenrede 2014. (Bild: Reto Oeschger)

Schaffhausen: Jahr der AL-Frauen

Die AL Schaffhausen blickt zurück auf das wohl aktivste Jahr in ihrer ganzen Geschichte. An vorderster Front haben wir das bürgerliche Sparpaket – insbesondere die Kürzung der Prämienverbilligung – erfolgreich bekämpft, den Verkauf von städtischem Land am Rheinufer verhindert und in einer Stichwahl um den Einsitz in der städtischen Schulbehörde deutlich gegen die SVP gewonnen.

Doch gab es, nebst all den Erfolgen, eine schmerzliche Niederlage zu verkraften: Ebenso knapp, wie die AL vor vier Jahren im Schaffhauser Kantonsrat Fraktionsstärke erringen konnte, hat sie diese bei den diesjährigen Wahlen wieder verloren. In der Stadt Schaffhausen bleibt es beim Status Quo der wackligen politischen Kräfteverhältnisse, die reelle Chance auf eine links-grüne Mehrheit im

Parlament wurde verpasst. Auch in Zukunft muss fortschrittliche Politik «en-net» dem Rhein mit harten Bandagen erkämpft, müssen Angriffe auf soziale Wohlfahrt und Service Public abgewehrt werden. Doch dafür sind wir da: Für Opposition, wo immer nötig, notfalls auch im Alleingang. Das macht uns nichts aus. Das gibt uns Energie.

Wir verstanden und verstehen uns als Bewegung, wo es zum Glück mehr gibt als nur politische Ämter, Wahlen und Abstimmungen. Die AL Schaffhausen soll ein Ort bleiben, wo nicht nur das politische Machbare versucht, sondern auch das Unmögliche gedacht werden soll, ein Ort der Kreativität und Vielfalt und nicht zuletzt ein Ort des geselligen Beisammenseins.

2016 war auch – das darf getost so



Die Frauen der AL Schaffhausen am traditionellen Chlausmarsch.

Sitzgewinn in Bern

Vor etwas mehr als einem Jahr haben wir uns zum Ziel gesetzt, einen zweiten Sitz im Berner Stadtrat zu machen. Es war uns klar, dass dafür viel Arbeit notwendig sein würde. Die Freude, dass wir einen zweiten Sitz holen konnten, ist riesig!

Dank dem zweiten Sitz der AL bleibt auch die «Freie Fraktion» erhalten: Zusammen mit der PdA und GPB-DA (Grüne Partei Bern - demokratische Alternative) wollen wir dafür sorgen, dass die vom RotGrünMitte-Bündnis dominierte Regierung den verschiedenen sozialen Bewegungen in Bern nicht länger Steine in den Weg legt, sondern ihnen Raum lässt, um sich zu formieren und zu entfalten. Damit die RGM-Parteien nicht noch träger und

selbstgefälliger werden, braucht es unermüdliche Kritik von linksaus.

Am Wahlsonntag Ende November hielt sich die Anspannung bei uns in Grenzen. Vermutlich hat auch nach einer guten Kampagne niemand wirklich daran geglaubt, dass wir es schaffen würden, unseren Wähler*innenanteil annähernd zu verdoppeln und einen zweiten Sitz zu gewinnen.

Den Wahlabend haben wir mit Kochen, Biertrinken, ums Feuer stehen, Konzerthören und Plaudern verbracht. Gemeinsam haben wir auf die sich traditionell immer weiter in die Nacht verschiebenden Resultate gewartet und kurz nach Mitternacht war es dann endlich so weit:

formuliert werden – das Jahr der AL-Frauen. Und das ist besonders schön. Begann die Schreibende ihr Engagement für die AL vor rund sechs Jahren in einer reinen Männerrunde, die über die Vorteile eines AL-eigenen Holzschlagraums diskutierte, waren die Frauen an unseren monatlichen Sitzungen dieses Jahr erstmals in der Überzahl. Als einzige Partei haben wir – leider erfolglos – mit zwei Frauen für den Regierungsrat kandidiert. In den Schaffhauser Stadtschulrat wurden gleich zwei AL-Frauen gewählt. In der zweitgrössten Gemeinde des Kantons stellt die AL neu eine Einwohnerrätin. Und im städtischen und kantonalen Parlament beträgt die AL-Frauenquote immerhin fünfzig Prozent (nun gut, da ist noch Luft nach oben).

Dass die AL weiblicher geworden ist, ist ein grosser Gewinn: Das Themenspektrum ist breiter, die Handlungsformen sind vielfältiger geworden. Und nun, da das anstrengende Wahljahr vorbei ist, haben wir – unabhängig ob männlich, weiblich oder alles dazwischen – endlich wieder Zeit, uns vermehrt um Inhalte zu kümmern: Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mit unserer Initiative für Tagesschulen von «7 to 7», um Nachhaltigkeit und Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen oder darum, den Verkauf städtischer Landreserven endgültig zu stoppen und statt dessen eine aktive Stadtentwicklung voranzutreiben – und noch vieles mehr. Wir sind gespannt auf die Herausforderungen der kommenden Legislatur und freuen uns, diese anzupacken!

Susi Stühlinger, Kantonsrätin

Christa Ammann und Tabea Rai wurden in den Stadtrat gewählt!

Die Wiederwahl von Christa Ammann, die von allen Kandidierenden prozentual die meisten Panaschierstimmen erhielt, zeigt, dass eine konsequent linke und solidarische Politik weit über die Stammwähler*innenschaft der AL hinaus geschätzt wird. Auch das ausgezeichnete Ergebnis unserer neugewählten Stadträtin Tabea Rai, die – da am Sonntag schon im Bett - am Montagmorgen zuerst meinte, die Gratulierenden wollen sie auf den Arm nehmen- verweist darauf, dass AL-Wählende in basisdemokratisch organisierten, sozialen Bewegungen breit vernetzt sind.

In dem Sinne: Wir bleiben dran – Débouchons le système!

Christa Ammann & Klingsor Reimann, AL Bern

Das Spar-Budget des Kantons



Adventzeit ist auch Budget-Zeit. Heuer stand die Debatte ganz im Zeichen des Sparpakets «Leistungsüberprüfung 16» (Lü16). Zahlreiche Sparmassnahmen,

die der Regierungsrat in Eigenregie umsetzen will, können lediglich im Rahmen des Budgets thematisiert und bestenfalls verhindert werden. Dementsprechend wurde die Diskussion ausführlich und über einzelne Themen sogar sehr lebhaft und mit Verve geführt. Die Gegenanträge zu Lü 16 aus dem links-grünen Lager prallten fast ausnahmslos am bürgerlichen Sparblock ab.

Die AL stellte von Anfang an klar, woher der Sparauftrag kommt. Der sogenannte mittelfristige Haushaltsausgleich ist aus dem Lot, weil 1) der ruinöse Steuerwettbewerb unter den Kantonen dazu geführt hat, dass Grossverdiener und Grossfirmen steuerlich massiv entlastet wurden und weil 2) der Kanton neue Aufgaben in der Spitalversorgung übernommen hat ohne die dafür nötigen Einnahmen. Das Resultat dieser Politik ist eine Finanzierungslücke. Diese verita-

ble Unterfinanzierung des Kantons lässt für die kommende Unternehmenssteuerreform III nichts Gutes erwarten.

Sparmassnahmen von 1,8 Mrd. Franken in vier Jahren sind der bürgerlichen Mehrheit nicht genug. Die Spardebatte wurde von bürgerlicher Seite mit weiteren Kürzungsanträgen im Umfang von 46 Mio. Franken zusätzlich verschärft. Weil sich die vielen Kürzungen nicht substantiell begründen lassen, flüchten sich die Sparrer in wenig konkrete Floskeln: Die Rede ist dann von «Luft im Budget ablassen» oder von «Effizienzsteigerungen».

Die Erfolge der Linken in der Budgetberatung sind dünn gesät: Einzig bei Pro Mobil, der Stiftung für Behindertentransporte, kann die Lü 16-Massnahme rückgängig gemacht werden. Zahlreiche Anträge der AL gegen Sparmassnahmen wie beim Konservatorium Winterthur (Judith Stöfer) oder der Demontage des Sozialversicherungsgerichts (Manuel Sahli) finden bei der bürgerlichen Sparkoalition kein Gehör.

Der grösste Sparbrocken steht uns aber noch bevor: Vermutlich im März werden wir über eine Kürzung der individuellen Prämienverbilligung abstimmen müssen.

Kaspar Bütikofer, Kantonsrat

Kein «Buurezmorge» der SVP



Der Regierungsrat bestraft das Theater Neumarkt finanziell dafür, dass es im Rahmen des Festivals «How Artists Approach War» eine Anti-Köppel-

Kunstaktion im Programm hatte, die - begünstigt von einer allgemein herrschenden Empörungsbereitschaft von Politik und Zürcher Leitmedien - zu einem Skandal hinaufstilisiert wurde. Ganz anders der Stadtrat: er empfahl die SVP-FDP-Motion für eine Kündigung des Subventionsvertrags auf den nächstmöglichen Zeitpunkt zur Ablehnung.

Während der Debatte im Gemeinderat machten die Bürgerlichen deutlich, dass ihnen für den kommenden Wahlkampf jeder Nebenschauplatz recht ist, wenn es sich nur populistisch verwerten lässt. Man darf ehrlich gespannt sein, welche weiteren Mikrothemen die bürgerlichen Wahlstrategen neben Kochareal und Neumarkt-Theater noch finden werden.

Die rot-grüne Ratshälfte folgte dem Antrag des Stadtrates. Zusammen mit der GLP stellten wir uns klar hinter das

Theater Neumarkt als wichtige Zürcher Kulturinstitution und sprachen uns unmissverständlich gegen Zensurmassnahmen aus.

Andrea Leitner bekannte beiläufig, im März durch Mausklick aktiv an der Entköppelungsaktion teilgenommen zu haben, die sie als urfasträchtlichen Akt der Umkehrung herrschender Verhältnisse verstanden habe. Die Retourkutsche kam umgehend in Form einer cholerisch geschwungenen SVP-Moralkeule gegen die gesamte AL. Menschenverachtend und unwählbar sei sie. Und ihre Kinder hätten eh die Arschkarte gezogen. Dies veranlasste Niggi Scherr - in seiner unvergleichlichen Art Fäuste schwingend und donnerwetternd - daran zu erinnern, dass die Ratsdebatte kein «Buurezmorge» der SVP sei.

Ein nachdrückliches «Hueresiech» hängte er auch noch an, was von der Gegenseite als «Hueresohn» ausgelegt wurde. Dank Tele Züri, das die ganze Neumarkt-Debatte gefilmt hatte, aber nur gerade das verbale Handgemenge am Schluss ausstrahlte, konnte doch noch belegt werden, dass an diesem Abend nur eine Seite ausfällig geworden war...

Rosa Maino, Gemeinderätin

AL-InhALte mit Biss:

26. Oktober: Eben noch zu Gast in Zürich, jetzt in der Türkei im Gefängnis. Die zwei Co-BürgermeisterInnen von **Amed/Diyarbakir** werden verhaftet. Gemeinsam mit «Brückenschlag Zürich – Amed/Diyarbakir» und weiteren Organisationen drückt die AL ihre Solidarität aus und fordert die sofortige Freilassung der ExponentInnen sowie aller politischen Gefangenen.

7. November: Mohamed Wa Baile steht vor dem Bezirksgericht, weil er den Mut hatte, sich einer unbegründeten Personenkontrolle zu widersetzen. Vor dem Gericht demonstrieren SympathisantInnen der «Allianz **gegen Racial Profiling**». Auch die AL ist mit von der Partie und beteiligt sich später finanziell: denn Wa Baile wird den negativen Gerichtsentcheid (Busse wegen Nichtbefolgens polizeilicher Anordnungen) weiterziehen, notfalls bis vor Bundesgericht.



21. November: Medikamententests in der **Klinik Burghölzli**. In einer Anfrage fordern AL-Kantonsrätinnen und -Kantonsräte Aufklärung zu den Versuchen, welche mit teils nicht zugelassenen Mitteln an Patientinnen und Patienten durchgeführt wurden. Der Vorstoss hat ein grosses Medienecho zur Folge. Ein wichtiges Kapitel Sozialgeschichte rückt damit einmal mehr in den Fokus der Öffentlichkeit: Bereits im Oktober bewilligte der Regierungsrat Mittel für ein kantonalzürcherisches Forschungsprojekt zum Thema fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen im 19./20. Jahrhundert.



30. November: Einer von zahlreichen herbstlichen AL-Vorstössen im Gemeinderat richtet sich gegen den geplanten Kahlschlag von **Wahllokalen**. Die AL fordert den Erhalt von mindestens einem Lokal pro Stadtquartier.

Migration ist eine Chance



Es ist eine historische Normalität, dass Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben Grenzen überwinden. Leider ebenso ist es der Versuch, sie je nach Kalkül

ganz oder teilweise daran zu hindern. Zu unserer «modernen» Lebensweise gehört die Produktion «überflüssiger» Menschen, die aufgrund des ökonomischen Fortschritts lokal nutzlos oder lokal untragbar erscheinen, nachdem sie in Unruhen und Konflikten, die ihrerseits von sozialen oder politischen Veränderungen ausgelöst wurden, als Sündenböcke identifiziert wurden. Zusätzlich zu alledem jedoch erleben wir heute die Folgen der tief greifenden und scheinbar aussichtslosen Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens im Gefolge falsch kalkulierter, irrsinnig kurzsichtiger und eindeutig misslungener politischer und militärischer Eingriffe westlicher Mächte. Ich engagiere mich für Menschen, die geflüchtet sind. Menschen die ihre Heimat, Familien, Kultur verlassen haben. Ich begegne im Rahmen meiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Deutschlehrer für Solinetz und die AÖZ Menschen mit Erwartungen, Ängsten, Träumen und Wünschen. Sie sind hier mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen, zum Teil mit minimalster Schulbildung. Ich unterrichte Frauen, die erstmals als gleichwertige und gleichberechtigte Mitglieder in einer Gruppe für sich selber etwas lernen und damit in ihrem Selbstwertgefühl bestärkt werden. Es muss Freiheiten geben für die Menschen, die bei uns Zuflucht finden, das eigene Leben zu gestalten, sich zu bewegen, den Aufenthaltsort frei zu wählen, zu bleiben oder Widerstand zu leisten gegen ungerechte Gesetze und Massnahmen.

Meiner Meinung nach gibt es keine vernünftige Begründung einer Begrenzung der Einwanderung. Flüchtlinge und Migranten sind für mich in erster Linie Menschen, die unser Leben bereichern und auch für uns eine Chance sein können, um unser Sein und Handeln zu hinterfragen!

Attilio Stoppa

Regierungsbeteiligung: Positive Bilanz und Kritik

Dreieinhalb Jahre nach Amtsbeginn von Richard Wolff zieht eine grosse Mehrheit der AL-Vollversammlung eine positive Bilanz. Das Verhältnis von Opposition und Regierungsbeteiligung wird die Partei weiter beschäftigen.

«Die AL in der Regierung. Bilanz, Ausblick, Diskussion.» An der VV der AL Zürich vom Oktober stand eine zentrale Debatte auf dem Programm. Ihr Verlauf: intensiv, aber wenig hektisch. Das Ergebnis der Konsultativ-Abstimmung war deutlich: 22 Personen befürworteten, dass die Partei auch künftig für Exekutiv-Ämter kandidiert, sechs enthalten sich der Stimme, zwei wollen, dass sich die AL nicht (mehr) an der Regierung beteiligt.

Der Tenor von Vorstand, Gemeinderatsfraktion, Kantonsratsfraktion, Stadtrat und vielen Aktiven war positiv. Drei oft genannte Argumente:

1. Mehr Gewicht für die AL in der Stadt Zürich:

- Die AL hat mehr Handlungsspielraum. Das Nein zur Ausgliederung des ewz, die verstärkte Orientierung der Wohnpolitik auf einkommensschwache Haushalte, die Isolierung von FDP und SVP in finanzpolitischen Fragen und die kleinen Reformen bei der Prostitutionsgewerbeverordnung sind sichtbare Ergebnisse.
- Im Sicherheitsdepartement setzt Wolff Akzente. Als Teil des Projektes PIUS wurde bei der StaPo eine Arbeitsgruppe zur Problematik «Racial Profiling» ins Leben gerufen. Misslungene Einsätze werden offener und kritisch aufgearbeitet. Die Bereitschaft zu Kommunikation und Transparenz ist grösser geworden.

2. Popularität und Wahlerfolge auf kommunaler und kantonaler Ebene:

- 2014 und 2015 konnte die AL die Sitzzahl in Gemeinderat (von 5 auf 9) und Kantonsrat (von 3 auf 5) fast verdoppeln und im Kantonsrat erstmals Fraktionsstärke erreichen. Ein Zusammenhang mit der durch die Wolff-Wahl gesteigerten Bekanntheit der Partei liegt auf der Hand.

3. Opposition und Regierungsbeteiligung sind kompatibel:

- Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderatsfraktion und Stadtrat hat sich eingespielt. Die Fraktion macht ihre eigene Politik und ist nicht zahmer geworden. Die Interventionen sind vielfältiger und präziser. Die Kritik an Entscheidungen oder Nichtentscheiden des Stadtrats ist seit der Wahl von Wolff alles andere als leiser geworden.

Zu allen drei Aspekten wurden an der VV dezidiert kritische Voten vorgebracht. Eine klare Trennung von grundsätzlicher Kritik an der Regierungsbeteiligung einerseits und Bedenken bezüglich des Sicherheitsdepartements andererseits war nicht immer möglich.

1. Realpolitischer Einfluss von Wolff und der «Regierungspartei AL» überbewertet:

- Der Stadtrat ist sowieso rot-grün dominiert, mit oder ohne AL.
- Die Vorstellung, als Linke die Polizei grundsätzlich zu ändern, darf in Frage gestellt werden, gerade mit Blick auf die langjährige Tradition von rot-grüner politischer Führung bei der Polizei in Zürich. Aber auch hinsichtlich der Praxis unter Wolff gibt es Vorbehalte; insbesondere wurden einzelne schlecht geführte Einsätze sowie die fehlende Publikation von Dienstsanweisungen moniert.

2. Erfolg in der Breite geht einher mit Einbusse an der Basis:

- Die AL hat an Nähe zur «Bewegung» – spricht vielen ausserparlamentarisch agierenden Gruppen und Personen – eingebüsst. Symptome dafür sind: Anpöbeln von AL-ExponentInnen an Demos, Betitelung der AL als «Bullenpartei», weniger Informationsfluss aus Bewegungen.
- Letztlich führt dies gemäss Kritikern auch zu Nachwuchs-Problemen für die AL.

3. Drohende Verwässerung des Profils:

- Die AL wird vermehrt als Teil der Macht wahrgenommen, nicht als Opposition.
- Die Doppelrolle als Opposition im Parlament und Regierungspartei ist zwar möglich. Dass die AL künftig aber gleich frech und oppositionell agiert, wie sie dies ohne jegliche Überlegungen bezüglich Exekutive machen würde, muss kritisch hinterfragt werden.

So deutlich das Ergebnis der Konsultativ-Abstimmung auch ausfiel, so klar zeigte sich auch, wie vielfältig die Ansichten der AL-Mitglieder sind. Ein Zusammenschluss von Menschen, die mit viel Leidenschaft Politik machen. Oppositionell. Verantwortungsbewusst. Gegen die Macht. Die Macht ergreifend. Unbequem. Spannend.

Markus Gafner